

MONITOR

PARTEIEN

Zurück auf Los!

Die FDP nach der Bundestagswahl 2025

Tobias Montag

- › Die FDP startet organisatorisch besser aufgestellt in die außerparlamentarische Opposition als 2013. Dennoch soll es eine Parteireform und ein neues Grundsatzprogramm geben.
- › Der Neustart ist von einem offenen Richtungsstreit belastet.
- › Der neu gewählte Bundesvorstand besteht aus einer Mischung aus alten und neuen Gesichtern. Die Zusammensetzung zementiert den Richtungsstreit.
- › Der neue Bundesparteivorsitzende Christian Dürr will die Strategie einer breiten Wähleransprache fortsetzen, ist aber durch den innerparteilichen Streit gehemmt.
- › Die FDP hat Schwierigkeiten, ihre Alleinstellungsmerkmale zu behaupten und einen dauerhaften Platz im Parteiensystem zu finden. Es gibt zahlreiche Überschneidungen mit dem politischen Angebot ihrer Konkurrenten.
- › Die Voraussetzungen für einen personellen Neuanfang der FDP sind deutlich ungünstiger als 2013. Eine Erneuerung über die Länder ist erschwert.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Organisation und Auftritt	3
Offener Richtungsstreit	4
Inhaltliche Erneuerung.....	5
Alleinstellungsmerkmale	7
Personelle Aufstellung	9
Fazit.....	11
Impressum	14

Einleitung

Scheitern und Wiederaufstehen – für diese Kultur werben die Freien Demokraten, und sie haben damit auch selbst reichlich Erfahrung. Die FDP, die gewissermaßen zum Gründungsinventar der Bundesrepublik gehört, verfehlte 2013 erstmals den Einzug in den Deutschen Bundestag und kämpfte sich unter großen Anstrengungen vier Jahre später wieder mit 10,7 Prozent zurück ins Parlament, 2021 sogar mit 11,5 Prozent in die Regierungsverantwortung. Umso bitterer für die FDP, dass sie bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 mit gerade einmal 4,3 Prozent der Zweitstimmen erneut die Fünf-Prozent-Hürde verfehlte. Das sind 0,5 Punkte weniger als 2013 und damit ein neuer Tiefpunkt in der Geschichte der Partei. Die aktuellen Umfragen verheißen keine Besserung. Forsa veröffentlichte am 13. Mai 2025 einen Zuspruch von gerade einmal 3 Prozent für die Freien Demokraten.

Wie so oft in solchen Situationen wird der jeweils geschlagenen Partei das Totenglöckchen geläutet. Im Fall der FDP ist – mal wieder – die Rede davon, dass sie verschiedene Strömungen des Liberalismus vereine, die einfach nicht zusammenpassen. Und die in anderen Ländern zu mehreren liberalen Parteien geführt hätten, nämlich eine liberal-konservative und sozial-liberale bzw. bürgerrechtsliberale Partei.¹ Mit anderen Worten: Die FDP vereine, was nicht zusammengehört. Wie so oft könnte sich das allerdings als voreilige Schlussfolgerung erweisen. Derartige Überlegungen sind eher der Erschütterung unseres gewohnten Blicks auf die Parteienlandschaft Deutschlands geschuldet und weniger einer Neugewichtung der traditionellen Strömungen des Liberalismus. Dennoch: Wie es mit dem politisch organisierten Liberalismus weitergeht, treibt nicht nur die Freien Demokraten um, sondern auch deren Mitbewerber. Zum einen, weil der Liberalismus nicht verwaist zurückbleibt, sondern auch von anderen Parteien – zum Beispiel von der CDU, den Grünen oder selbst einer sich vermeintlich wirtschaftsliberal gebenden AfD – bedient wird. Zum anderen, weil das Verschwinden der FDP von der Bühne des Bundestags Raum für neue Akteure lässt. Neulinge mit liberalen Ambitionen gab es durchaus in der Vergangenheit. Erinnert sei nur an die

längst verblasste Piratenpartei, die teils im liberalen Milieu punktete und sich zeitweise spektakulär in einzelnen Landtagen etablieren konnte. Oder an die gesellschaftspolitisch liberal-progressive Partei Volt.² Es geht letztlich also auch darum, wie sich unser Parteiensystem insgesamt entwickelt. Damit stellt sich die Frage, ob es der FDP erneut gelingen wird, den Kraftakt von 2013 bis 2017 zu wiederholen. Die Aussichten sind durchgewachsen, aber durchaus nicht hoffnungslos.

Organisation und Auftritt

Die Stimmung mag unter den Freien Demokraten eingetrübt sein, organisatorisch gehen sie deutlich besser aufgestellt in die außerparlamentarische Opposition als 2013. Damals waren die Finanzen des Bundesverbandes zerrüttet und der Parteiapparat organisatorisch geschwächt. In den Wahlkämpfen hieß es: Jeder kämpft für sich allein. Es fehlte an einem gemeinsamen Auftritt und an Wiedererkennungszeichen in den Ländern und Kommunen. All das wurde unter Christian Lindner mit einem großangelegten Relaunch sowie einem neuen Leitbild behoben. Die Partei etablierte eine zentrale Wahlkampfführung und einen Kampagnenfonds zur Unterstützung der Wahlkämpfe in den Ländern. Die FDP hatte damit eine der weitgehendsten Parteireformen der letzten Jahrzehnte in Deutschland durchgeführt.³

Das hilft ihr in der aktuellen Situation. Bundesschatzmeister Michael Link hob auf dem Bundesparteitag am 16. Mai 2025 hervor, dass der Bundesverband die Ausgaben für den Wahlkampf vollständig durch Spenden finanzieren konnte und keine Schulden aufnehmen musste. Allein von Anfang 2025 bis zum Wahltag nahm die Partei 5,5 Millionen Euro an zusätzlichen Spenden ein. Im Vorjahr kamen 5,3 Millionen Euro zusammen. Link verwies allerdings darauf, dass der FDP mit dem Verlust der Bundestagssitze jährlich 3,4 Millionen Euro an Mandatsträgerbeiträgen entgingen, so dass Konsolidierungsmaßnahmen unverzichtbar seien. Der zentrale Kampagnenfonds bleibt davon jedoch unberührt. Der Bundesschatzmeister kündigte sogar an, dass die Mittel aus dem Kampagnenfonds zunehmend auch für Kommunalwahlen eingesetzt werden sollen, um die FDP wieder aufzurichten. Das Erbe von Lindners Reformanstrengungen zahlt sich also langfristig aus. Die Partei ist nach wie vor finanziell in der Lage, schlagkräftige Wahlkampagnen auf die Beine zu stellen. Die Organisation ist intakt, die Mitgliederanzahl im Vergleich zu 2013 sogar um rund 10.000 Mitglieder höher.

Auch große Änderungen im Bereich der Kommunikation sind nicht unmittelbar zu erwarten. Die FDP hat mit ihrer medialen Professionalität und Innovationskraft unter Lindner Maßstäbe im deutschen Parteiensystem gesetzt. Der letzte große Relaunch liegt noch nicht lange zurück. Er war kommunikativ breit ausgerollt worden und lässt sich nicht einfach neu aufsetzen, ohne dass es wie eine billige Kopie wirkt. Dasselbe gilt für den Leitbildprozess, den Lindner initiiert hatte und der eine breite Mitgliederbeteiligung vorsah, um die Selbstvergewisserung der Freien Demokraten zu festigen. Der Aufwand war sehr hoch.

Umso mehr fällt auf, dass sich der neue Bundesvorsitzende Christian Dürr jetzt auf einen neuen aufwendigen Grundsatzprogrammprozess einlassen will. Unter anderem die Jungen Liberalen und Dürres neuer Vize, Henning Höne, hatten dies im Vorfeld des Bundesparteitags am 16. und 17. Mai 2025 eingefordert.⁴ In seiner Bewerbungsrede auf dem Parteitag gab Dürr diesem Ansinnen nach. Er schlug dafür eine breite Mitgliederbeteiligung vor. Als Arbeitstitel für das neue Grundsatzprogramm nannte er „Freiheit konkret“. Damit ist der Anspruch verbunden, deutlich zu machen, was liberale Überzeugungen konkret für den einzelnen Menschen bedeuten. Genau das war schon das Ziel von Lindners Leitbildprozess. Darüber hinaus kündigte Dürr weitere Reformen in Richtung mehr Mitgliederbeteiligung an. Svenja Hahn, die neue 2. Stellvertretende Bundesvorsitzende, sprach davon, neue Formate auszuprobieren und auch die Parteitage zu einem „Festival für den Meinungsaustausch“ zu entwickeln. Die FDP solle sich stärker an den erfolgreichen liberalen Parteien Europas orientieren, wie den Neos in Österreich, so die Empfehlung. Dem einen oder

anderen Beobachter mochte das wie ein Déjà-vu vorkommen, denn schon nach dem ersten Verlust der Bundestagsmandate 2013 war der Vergleich mit den Neos Thema in der FDP.⁵

Neben dem Beteiligungsaspekt forderte Henning Höne zudem mehr Digitalisierung der Parteiarbeit sowie innovative Weiterbildungs- und Lernstrukturen für die Mitglieder ein. Dürr kündigte den Delegierten an, dass ein Mitglied des Bundesvorstands ausschließlich für die Parteireform zuständig sein soll. Sein Anspruch ist hoch:

„Die FDP soll inhaltlich und organisatorisch die modernste Partei werden.“

Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Dürr damit die auseinanderdriftenden Kräfte innerhalb seiner Partei wieder einzufangen versucht. Immerhin konnte Dürr bei einigen Satzungsänderungsanträgen aufatmen: Die Forderung nach einer vorgelagerten Mitgliederbeteiligung bei der Aufstellung der Tagesordnung für die Bundesparteitage und die Begrenzung der Amtszeit für Vorsitzende fielen auf dem Bundesparteitag durch. Die Parteiführung ist damit organisatorisch nicht geschwächt.

Offener Richtungsstreit

Nach der Niederlage 2013 war die FDP inhaltlich keineswegs geeint, aber so zerschlagen und geschockt, dass für Richtungskämpfe keine Energie mehr verblieb. Das ist aktuell anders. Kurz nach der Bundestagswahl 2025 kursierten Wahlanalysen verschiedener Strömungen, die mit der Parteiführung unter Lindner und/oder der jeweils anderen Gruppierung abrechneten.⁶ Den Auftakt machte der „Liberale Fortschritt“ im März 2025. Er versteht sich als „Plattform für ganzheitlichen und sich weiterentwickelnden Liberalismus in der FDP“.⁷ Unterzeichner der Wahlanalyse sind unter anderem die ehemaligen Bundesminister Dirk Niebel und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sowie die ehemalige Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Gyde Jensen und Abgeordnete, die kurz vor der Bundestagswahl das Zustrombegrenzungsgesetz der Union nicht mittragen wollten, wie Manuel Höferlin, Ulrich Lechte und Anikó Glogowski-Merten.⁸ Die Kritik drehte sich vor allem um die wirtschaftspolitische Akzentsetzung im Wahlkampf, um die Vernachlässigung der gesellschaftlichen Vielfalt als Thema sowie die oppositionelle Haltung innerhalb der Ampelregierung. Eher indirekt warf die Gruppe Lindner populistische und polarisierende Umtriebe vor mit der Verortung der Partei:

„Die FDP ist die natürliche zentristische Gegnerin von Polarisierung und Populismus.“⁹

In eine andere Richtung ging die Analyse von Maximilian Mordhorst aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Er lehnt zwar den „Gesellschaftsliberalismus“ nicht generell ab, warnt aber vor einer Anbiederung an rot-grüne Politik.¹⁰ Der Analyse schlossen sich unter anderem der ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer Torsten Herbst, der Vorsitzende des Landesverbands Saarland Oliver Luksic, der einstige „Eurorebell“ Frank Schäffler sowie Wolfgang Kubicki an. Das Papier kritisiert zudem Lindners Führungsstil. Der Vorwurf lautet:

„Wer interne Kritik äußerte, wurde abmoderiert. Wer öffentliche Kritik äußerte, wurde mit Verweis auf die nächste Wahl (denn: irgendeine Wahl steht immer vor der Tür) als Verräter und Saboteur am gemeinsamen Erfolg gebrandmarkt.“¹¹

Dass sich ausgerechnet Kubicki, der unter Lindner Teil der engeren Parteiführung war, dieser Analyse anschloss, erstaunt. Er genoss fast dieselbe Aufmerksamkeit wie der Bundesvorsitzende und hatte sich auch öffentlich nicht mit Kritik zurückgehalten, beispielsweise als er die FDP-Landtagskampagnen des Jahres 2019 als „modernistisch“ und zu stark auf junges Klientel adressiert

bezeichnete.¹² Nichtsdestoweniger fordern Kubicki und seine Mitunterzeichner eine Teamlösung und die Urwahl der Parteispitze, die in der Bundessatzung der FDP gar nicht vorgesehen ist.

Als drittes trat noch der Verein „Liberale Mitte“ unter seinem Sprecher Leif Erik Persson mit dem Positionspapier „Vorschläge für eine programmatische und organisatorische Reform der FDP“ in Erscheinung. Der Verein „versteht sich als Kompass der Freien Demokraten, der anzeigt, wo die FDP stehen muss, und ihr hilft, den richtigen Kurs zu halten“.¹³ Das Positionspapier kritisiert die „undifferenzierte Brandmauer-Debatte“ als „Missachtung des Wählerwillens“, die letztlich zu einer „weitgehend linken Regierungspolitik führt“ habe.¹⁴ Die Schlussfolgerung lautet:

„Die FDP muss die Zeit in der außenparlamentarischen Opposition daher als Chance begreifen, sich auf ihren liberalen Markenkern zu besinnen, sich als eigenständige bürgerliche Kraft im Parteienspektrum zu positionieren und auf Basis dieses neuen Selbstverständnisses einen kraftvollen Willen zur politischen Führung und Gestaltung zu entwickeln, um Wähler von CDU/CSU und AfD zurückzugewinnen.“¹⁵

Unterzeichner des Papiers sind unter anderem der ehemalige bayerische Landesvorsitzende Albert Duin und die ehemalige Bundestagsabgeordnete Katja Adler, die das Papier explizit als Abrechnung mit der Ausrichtung der FDP unter dem Parteivorsitzenden Lindner und Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dürr versteht.¹⁶

Als Lindner 2013 das Amt des Bundesparteivorsitzenden übernahm, hatte er weder mit einem offenen ausgetragenen Richtungsstreit zu tun noch mit Angriffen auf seine Person. Dürr ist in einer anderen Situation. In seiner Abschiedsrede auf dem Bundesparteitag am 16. Mai 2025 stützte Lindner deshalb seinen Nachfolger, indem er den Delegierten zurief:

„Was uns verbindet, ist die Liebe zur Freiheit und die Freiheit ist nicht teilbar!“

Für Dürr war der Bundesparteitag am 16. und 17. Mai 2025 dennoch eine echte Herausforderung. In der Aussprache warfen sich die Delegierten teilweise in einem für die FDP ungewöhnlich heftigen Schlagabtausch wechselseitig vor, Kulturkampf zu führen, eine bürgerliche Protestpartei zu fordern, mit der Rede von der eingeschränkten Meinungsfreiheit Narrative von Rechtsaußen zu fördern, in der Gesellschaftspolitik – Stichwort „Selbstbestimmungsgesetz“ – oder in der Sozialpolitik den linken Parteien hinterherzurennen und in der Migrationspolitik wiederum der Union. Ein Delegierter trat gar mit einer kleinen Kettensäge auf, so dass der ehemalige Bundestagsabgeordnete Lukas Köhler die Partei vor den „neuen Proto-Populisten“ warnte. Wie so oft bei tiefer Zerstrittenheit verkauften die Freien Demokraten dies als gute und demokratische Debattenkultur. Dennoch: Die Partei ist zerrüttet.

Inhaltliche Erneuerung

Auffällig ist, dass der Richtungsstreit im Vorfeld des Bundesparteitags oft als Auseinandersetzung von „Strömungen“, „Flügeln“ oder – im Fall des „Liberalen Fortschritts“ – gar von „Plattformen“ wie bei den Linken interpretiert wurde, die jeweils liberal-konservative, wirtschaftsliberale oder linksliberale, öko-liberale bzw. bürgerrechtsliberale Positionen vertreten. Solche Zuschreibungen finden sich selbstverständlich auch bei einzelnen Mitgliedern der Partei, sie täuschen aber einen Einfluss vor, der so nicht besteht und einen gewissen Retro-Charm nicht verhehlen können. Schon bei Christian Lindner, dessen Rede vom „mitfühlenden Liberalismus“ einst von Einigen als linksliberales Indiz gedeutet wurde und der trotzdem nie ein Zweifel an seiner Wirtschaftsfreundlichkeit ließ, versagten diese Interpretationsmuster. Ganz im Gegenteil, der Wiedereinzug in den Bundestag 2017 und die Stabilisierung der Partei 2021 geht auf eine Strategie zurück, die auf eine

Verbreiterung der Wählergruppen zielte und die FDP aus dem Gefängnis einer Klientelpartei befreien sollte.¹⁷

Lindners Ansatz bestand darin, die Wählerschaft in den Blick zu nehmen und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ein maßgeschneidertes freiheitliches Angebot zu machen. Er nannte das in seiner Abschiedsrede am 16. Mai 2025 erneut „360-Grad-Liberalismus, mit dem Menschen im Mittelpunkt“ als parteiliches Unterscheidungsmerkmal. Grundlage ist die Anerkennung der Realität der Gesellschaft, nicht die innerparteiliche „Strömungslehre“, die irrtümlich mit der gesellschaftlichen Realität gleichgesetzt wird.

Für diesen – aus Sicht einiger innerparteilicher Gruppen „unideologischen“ – Ansatz Lindners steht aber auch Christian Dürr. Er musste jetzt diese Strategie verteidigen, obwohl sie nicht per se gescheitert ist, sondern schon von Lindner in der Ampelregierung aufgeweicht wurde, wie Marco Buschmann – einer der Vordenker der Lindner-FDP – auf dem Bundesparteitag am 16. Mai 2025 selbst einräumte:

„Vieles, was wir im Leitbild entwickelt haben, ist wieder vergessen worden.“

Das reicht als Erklärung allerdings nicht aus, sondern war auch strukturell durch die Beteiligung an einer Koalition mit zwei linken Parteien bedingt. In der Ampelkoalition hatte sich die FDP selbst als wirtschafts- und ordnungspolitisches Korrektiv zu etablieren versucht. Sie näherte sich damit wieder ihrem alten Image von der Wirtschaftspartei an. Im Bundestagswahlkampf 2025 war von der programmatischen Breite, die sich die FDP seit 2013 erarbeitet hatte, noch weniger zu spüren. Es dominierte die Sorge vor dem Wirtschaftsabschwung und dem Erstarken der AfD. Digitalisierung, Klima, Frauen, Kinder, Bildung tauchten zwar selbstverständlich im Wahlprogramm auf,¹⁸ spielten in der Kampagne aber keine entscheidende Rolle mehr. Stattdessen verknüpfte Lindner das Schicksal der FDP mit der immer unwahrscheinlicher werdenden Aussicht auf eine Regierung aus Union und FDP. Neben der ebenfalls auf das Wirtschaftsthema ausgerichteten Union konnte sich die FDP kaum behaupten.

Nicht zuletzt aber wirkte die Zustimmung zum Entschließungsantrag der Union „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ im Bundestag am 29. Januar 2025 wie die endgültige Beerdigung der Verbreiterungsstrategie. Angesichts der anwachsenden öffentlichen Proteste gegen den von der AfD unterstützten Antrag wollte die FDP-Parteispitze den Eindruck einer Rechtsverschiebung und die aufkeimenden Selbstzweifel der Mitglieder mit einem eigenen „Migrationspakt der Mitte“ zerstreuen.¹⁹ Da die FDP dafür keine parlamentarische Mehrheit fand, flüchtete sich rund ein Viertel ihrer Bundestagsfraktion zwei Tage später, als es um den Antrag der Union zur Migrationsbegrenzung ging, in die Notlösung der Enthaltung, blieb der Abstimmung gleich ganz fern oder stimmte dagegen. Die Erklärung, dass es sich bei der Zustimmung zum Unionsantrag lediglich um eine Empfehlung gehandelt habe,²⁰ konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Freien Demokraten seit 2013 erstmals – und das mitten im Wahlkampf – in einen ersthaften offenen Richtungsstreit liefen, bei dem es um die Verengung oder Verbreiterung der Wähleransprache ging. Die einen erinnerte das uneinheitliche Abstimmungsverhalten der FDP-Abgeordneten an das Image der FDP als Umfaller-Partei, mindestens aber an eine Partei, die von ihrer eigenen Courage nicht überzeugt ist. Für die anderen war es eine strategische Fehlleistung, die aus ihrer Sicht zum Verlust weiterer Wählergruppen führte.

Die Fortsetzung des offenen Richtungsstreits kurz nach der Wahl vertiefte die Gräben und zwang Dürr, der ein Führungsdebakel zu Beginn seiner Amtszeit als Bundesvorsitzender vermeiden musste, Anfang Mai 2025 schließlich zu einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter dem Titel „Für eine neue politische Kultur des Muts“. Dort versuchte er alle Strömungen zu

vereinen, indem er die wirtschaftliche Freiheit und die Bürgerrechte bzw. den Sozialliberalismus als zwei Seiten der FDP darstellte:

„Wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit werden immer Markenkern der FDP sein, denn beides bedingt sich gegenseitig.“²¹

Damit machte er schon vor dem Bundesparteitag deutlich, dass er wieder zur Verbreiterungsstrategie Lindners zurückkehren will. Mit Begriffen wie „Reformmut“ oder „Kultur des Muts“ und dem Versprühen von Zukunftsoptimismus knüpfte Dürr ebenso naht- wie ideenlos an die Kommunikationslinie seines Vorgängers an. Das gilt im Übrigen selbst für das Veröffentlichungsmedium: Vor 14 Jahren hatten Daniel Bahr, Christian Lindner und Philipp Rösler in einem gemeinsamen Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Westerwelle-Ära beerdigt und die programmatische Verbreiterung der FDP angekündigt.²²

Alleinstellungsmerkmale

Der kommunikative Erfolg der Lindner-FDP bestand 2017 darin, dass er die Freien Demokraten als Gegenkraft zu einer müden Dauerkoalition aus Union und SPD darstellte. Mit ihrem Optimismus und ihren frischen Mut-Botschaften, aber auch der Begeisterung gegenüber Technologien setzte die FDP einen Kontrapunkt gegen die „German Angst“ und ließ ihre politischen Mitbewerber alt aussehen. Schon in der Bundestagswahl 2021 zogen diese nach, der Optimismus war nicht mehr Alleinstellungsmerkmal der FDP. Christian Dürr hält dennoch an dieser kommunikativen Linie fest; das hatte er schon in seinem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*²³ deutlich gemacht und auf dem Bundesparteitag am 16. und 17. Mai 2025 in Berlin bekräftigt. Auch der Parteitagsbeschluss „Mut zum Neuanfang“ enthält einen eigenen Abschnitt, der mit der Botschaft „Erarbeiten wir uns den Optimismus zurück“ überschrieben ist. Das zielt sowohl auf die Partei als auch auf die Gesellschaft. Glaubwürdig sei dieser Optimismus aber nur, so Dürr auf dem Parteitag, „durch ein Bekenntnis zur individuellen Freiheit und zur Modernität“ und einer „politischen Kultur des Muts“. Das funktioniert freilich nur, wenn alle anderen Parteien eben jenen Mut vermissen lassen. Dürres Erfolgsrezept gründet damit auf der Hoffnung, dass der Koalition aus Union und SPD die Reformpuste ausgeht und die Grünen ihr Heil in einer weiteren Linksverschiebung suchen.

Wo aber setzt die FDP unter Dürr neue Akzente? Dürr spricht – ganz auf der Linie Lindners – vom Wirtschaftswachstum als Versicherung gegen das Erstarken der AfD. Das ist auch ein Narrativ der Union aus dem Wahlkampf. Überhaupt war der Vorwurf eines ausbleibenden Politikwechsels in der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik ebenso erwartbar, wie die Neuauflage altbekannter Forderungen auf dem Bundesparteitag der Freien Demokraten: Offenheit für Kernfusion und Kernkraft, Nutzung des heimischen Schiefergases, Ablehnung der Industriestrompreisbremse als Dauersubvention, keine Aufweichung der Schuldenbremse, steuerliche Entlastung der Privathaushalte durch Abflachung des Einkommensteuertarifs und der Wirtschaft durch Senkung der Unternehmensteuer unter 25 Prozent, keine Subventionen für Elektroautos und für die Absenkung der Netzentgelte. Die FDP setzt hier auf die Koalitionswänge der Union und will ihr mit diesen Vorschlägen unzufriedene Wähler abnehmen. Dürr adressierte vor allem die „180-Grad-Wende in der Schuldenpolitik“ von Bundeskanzler Friedrich Merz an das Unionspotential. Ein „Copyright“ haben die Freien Demokraten auf diese Ideen natürlich nicht, zumal diese Forderung auch von der AfD erhoben wird.

Wenig innovativ ist darüber hinaus die Kritik der Freien Demokraten, dass die Vorschläge der Großen Koalition für eine Staatsmodernisierung nicht weit genug gingen. Echte Strukturreformen würden nicht angegangen oder in Kommissionen verschoben. Das sieht im Großen und Ganzen wohl die gesamte Opposition so. Dürres Vorstoß auf dem Parteitag, ein Gesetz zu schaffen, dass

die erneute behördliche Aufnahme von Daten verbietet, die die Bürger schon einmal angegeben haben, wirkte als liberales Alleinstellungsmerkmal aber zu kleinteilig.

In der Sozialpolitik lehnt die FDP – wie die Grünen – die Mütterrente ab und recycelt ihre Idee von der Aktienrente. Erwartbar war auch die Ablehnung der Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro – eine Forderung, die ebenso die AfD erhebt.

Auch die Erinnerung an den Einsatz der FDP für eine möglichst frühe Lockerung der Corona-Beschränkungen sowie der Kampf für die Meinungsfreiheit, die die FDP nun auch durch die neue Schwarz-rote Koalition bedroht sieht, ist kein Alleinstellungsmerkmal der FDP und bringt sie in Konkurrenz beispielsweise zur AfD. Im beschlossenen Leitantrag für den Parteitag fordern die Freien Demokraten ebenfalls einen Corona-Untersuchungsausschuss. Die Schwarz-rote Koalition will die Corona-Zeit in einer Enquetekommission aufarbeiten. Die Freien Demokraten glauben, dass ihr damaliger Einsatz für eine Lockerung der Corona-Auflagen positiv in der Bevölkerung wahrgenommen worden sei und ihr noch immer hoch angerechnet werde.

Die FDP strickt weiter an der Legende, dass die „Krise der Meinungsfreiheit“ auf die Corona-Zeit zurückgehe. Schon vor der Bundestagswahl 2021 hatte sie die Krise der Demokratie ausgerufen und damit Wahlkampf gemacht. Sie arbeitet sich jetzt am aktuellen schwarz-roten Koalitionsvertrag ab, der eine Verschärfung des Straftatbestands der Volksverhetzung bei „Hass und Hetze“ bis zum Entzug des passiven Wahlrechts vorsieht. Diese Kritik teilt sie mit der AfD, ebenso wie die Ablehnung von Netzsperrern, Chatkontrollen und Uploadfiltern. Bei der Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung befinden sich die Freien Demokraten zusätzlich noch in Konkurrenz zu den Grünen.

Ganz im Sinne einer Fortsetzung von Lindners Verbreiterungsstrategie findet sich im Parteitagebeschluss „Mut zum Neuanfang“ auch ein sozialpolitisches Angebot: Wohnen wird dort als neue soziale Frage bezeichnet. Mit dieser Zuordnung könnten sicherlich auch die Linken leben. Die FDP schlägt allerdings andere Lösungen vor, als einfach nur den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln und die Mietpreisbremse zu verschärfen. Anstatt eines Markteingriffs soll Bauen günstiger werden durch die Reduzierung von Bauvorschriften, die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum und weniger Klimaschutzbedingte Vorgaben. Damit befindet sie sich wiederum auf der Linie der Union.

Die Schwierigkeit, sich von der Union abzugrenzen, versuchen Dürr und seine Freien Demokraten zu überwinden, indem sie – wo immer die Unionspolitik im Koalitionsvertrag durchschimmert – argumentieren, die Schwarz-rote Koalition gehe zwar in die richtige Richtung, aber nicht ambitioniert genug voran. So fordern sie beispielsweise zur kontinuierlichen Finanzierung der Bundeswehr einen Verteidigungsfonds. Oder dass die Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes nicht ausreiche: Die Regierung müsse sich konsequenterweise auch für die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie einsetzen, wolle sich aber nicht mit den „Bürokratiemonstern der CDU-geführten EU-Kommission anlegen“, so der Vorwurf im Parteitagebeschluss.

Die FDP vollzog auf ihrem ersten Parteitag nach der Bundestagswahl keinen programmatischen Kurswechsel. Lediglich die Kritik am neuen Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsministerium überrascht. Immerhin war die FDP die erste Partei, die ein Digitalministerium gefordert hatte.

Insgesamt will Dürr die FDP als nichtpopulistisches Gegenangebot zur Großen Koalition für die breite politische Mitte positionieren. Er zielt besonders auf die „Fleißigen in der Mitte der Gesellschaft“ und damit auf unzufriedene Wähler der Union und teilweise der SPD. Das ist das Konzept Christian Lindners. Allerdings musste Dürr merklich den innerparteilichen Strömungen

Zugeständnisse machen, was beim Migrationsthema deutlich wurde. Der Leitantrag hatte das Thema noch ausgeklammert. Der innerparteiliche Druck zwang Dürr jedoch dazu, in seiner Bewerbungsrede nicht nur das liberale Credo von der Verbesserung der Fachkräftemigration zu wiederholen, sondern es explizit mit der Reduzierung der Sozialleistungen für irregulär eingereiste Migranten zu verbinden. Das war eine Absage an die progressiven Kräfte in der FDP. Dabei hatte Dürr bereits das andere polarisierende Thema, den Klimaschutz, ausgeklammert. Eine Aussage Christian Lindners in seiner Abschiedsrede könnte man durchaus als Mahnung interpretieren, dass die Freien Demokraten Klima und Umwelt nicht aus dem Blick verlieren sollten, wenn sie mehr Wählergruppen erschließen wollen. Er sprach davon, dass auch die nächsten Generationen ein Recht darauf hätten, ihre Freiheit auszuleben, weshalb die Lebensgrundlagen erhalten werden müssen. Diese Überlegung wurde auf dem Parteitag nur von weniger bekannten Delegierten aufgegriffen. Ohne hier eigenständige Antworten zu geben, kann der Verbreiterungsansatz allerdings nicht aufgehen. Dürr verwies an dieser Stelle auch auf das neue Grundsatzprogramm.

Personelle Aufstellung

Die Wahlniederlage des Jahres 2013 ging einher mit einem Generationenwechsel innerhalb der FDP. Kaum ein Verantwortungsträger aus der Zeit des Bundesvorsitzes unter Guido Westerwelle und dessen Nachfolger Philipp Rösler verblieb in seinen Ämtern und Funktionen. Dieser Wandel erfasste auch die Landesebene, wenn auch nicht so konsequent wie in der Bundespartei. Während der aufflammende Richtungsstreit in der FDP nach der aktuellen Bundestagswahl als Indiz für ein Führungsvakuum zu werten ist, konnte Christian Lindner 2013 gewissermaßen unverbraucht von der Reservebank in die Bundespolitik einwechseln. Er hatte schon 2011 das Amt des Generalsekretärs niedergelegt und sich in die Landespolitik Nordrhein-Westfalens zurückgezogen. Dort baute er seine Hausmacht aus, führte den Landesverband in der Landtagswahl 2012 zum Erfolg und überstand die Wahlniederlage 2013 relativ unbeschadet.

Dürr gehörte als Vorsitzender der Bundestagsfraktion zu den Mitverantwortlichen der Wahlniederlage vom 23. Februar 2025. Seine Position ist nicht so fest, dass er auf eine Einbindung von Wolfgang Kubicki ins Präsidium verzichten konnte. Neben Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist dieser einer der beiden bekanntesten Gesichter der Partei. Beide werden als Exponenten der verschiedenen Strömungen gehandelt. Allerdings haben sie auch eingesehen, dass sie die Partei und Wählerschaft eher polarisieren, anstatt zusammenzuführen, und deshalb ihre Kandidaturen zumindest für das Amt des Bundesvorsitzenden zurückgezogen und so den Weg für die Wahl Dürrs zum Parteichef auf dem Bundesparteitag am 16. Mai 2025 freigemacht.²⁴ Ganz verzichtete auf einen Posten im Bundesvorstand jedoch überraschend am Ende nur Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Nichtsdestoweniger ist das von Dürr entworfene Bild von der FDP als „Partei der Teamplayer“ und der Abkehr von der „One-Man-Show“ als Versuch zu werten, die schwächere Position Dürrs zu überdecken.

In seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden erhielt Dürr selbst nur eine relativ schwache Zustimmung von 82 Prozent der Delegierten, wenn man bedenkt, dass er ohne Gegenkandidaten antrat. Ein gelungener Aufbruch sieht anders aus. Kein Neuanfang stellt die Wiederwahl Wolfgang Kubickis zum 1. Stellvertretenden Bundesvorsitzenden dar. Er warnte davor, sich aus Sorge vor dem Populismusvorwurf verbal zu maßigen, und eröffnete seine Bewerbungsrede mit einem missglückten Namenswitz: „Es fängt mit Dürre an!“ Mit 69 Prozent wurde er deutlich von den Delegierten abgestraft. Neu in der Funktion der 2. Stellvertretenden Bundesvorsitzenden ist die 35-jährige Europaabgeordnete Svenja Hahn. Sie gab sich zentristisch und kam auf 76 Prozent der Stimmen. Dasselbe Ergebnis erzielte der neue 3. Stellvertretende Bundesvorsitzende Henning Höne, der als Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalens den Einfluss des größten Landesverbandes und des Verbreiterungsansatzes sicherstellt.

Mit 72 Prozent wurde Florian Toncar zum Präsidiumsbeisitzer gewählt. Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen steht für die Kontinuität von Lindners Ansatz. Unter den Präsidiumsbeisitzern erhielt Lydia Hüskens mit 94 Prozent den mit Abstand größten Zuspruch.²⁵ Die Ministerin für Infrastruktur und Digitales in Sachsen-Anhalt steht für eine geräuschlose pragmatische Regierungsarbeit und einen geschlossenen Landesverband. Umkämpft war der 3. Beisitzerposten: Susanne Seehofer, Tochter des ehemaligen CSU-Ministerpräsidenten Horst Seehofer, setzte sich äußerst knapp, aber auf Anhieb durch gegen Daniela Schmitt, Landesvorsitzende und Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz. Für Schmitt hatten 49,08 Prozent und für Seehofer 50,25 Prozent gestimmt. Seehofer hatte nach der Bundestagswahl kritisiert, dass sich die FDP im Wahlkampf zu sehr auf Wirtschaftsthemen konzentriert und zu wenig Angebote für junge Menschen gehabt habe.²⁶ Schmitt hingegen wird eine Nähe zum ehemaligen Bundesverkehrsminister und ehemaligen Parteimitglied Volker Wissing nachgesagt und hat in Rheinland-Pfalz mit einem zerstrittenen Landesverband zu tun. Die Kampfkandidatur war schon vorher angekündigt worden. Dürr ist es nicht gelungen, sie vorab zu entschärfen. Der Eindruck der Zerstrittenheit wird durch die Besetzung des Präsidiums eher zementiert.

Auch die neue Generalsekretärin Nicole Büttner verspricht keinen echten Aufbruch. Die 40-jährige leitet das Berliner KI-Start-up Merantix Momentum und will weiterhin unternehmerisch aktiv bleiben. Ihre Biographie passt ganz zu der von Lindner einst ausgerufenen Start-up-Kultur. Zudem ist sie unbelastet von der Wahlniederlage. Allerdings ist ihr Ansehen in ihrer Heimat Baden-Württemberg nicht sehr hoch. Sie scheiterte 2019 mit ihrer Kandidatur bei der Europawahl. Zwar saß sie von 2017 bis 2019 im Landesfachausschuss Wirtschaft und im Landesvorstand, gilt aber als „erfolglos“, „unfähig“ oder „gescheitert“.²⁷ Auf dem Bundesparteitag erhielt sie laue 80 Prozent der Stimmen.

Auch im erweiterten Bundesvorstand sind die verschiedenen Strömungen abgebildet. Bekenkende Sozialliberale wie Konstantin Kuhle wurden vom Bundesparteitag ebenso hineingewählt wie der Wirtschaftsliberale Frank Schäffler oder der Lindner-Vertraute Johannes Vogel. Nur in einem Fall gab es eine Bereinigung eines scharfen Kritikers am Verbreiterungskurs: Der thüringische Kurzzeitministerpräsident Thomas Kemmerich verfehlte in zwei Wahlgängen die notwendige absolute Mehrheit. Der Landesverband Thüringen verzichtete daraufhin auf einen weiteren Wahlgang und lässt den „Kurfürsten-Sitz“ im Bundesvorstand unbesetzt.

Darüber hinaus konnte Dürr Kandidaturen weiterer Kritiker wie den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Max Mordhorst verhindern.²⁸ Das täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass Dürr insgesamt weniger freie Hand als einstmals Lindner bei der Besetzung des Bundesvorstands hatte und die Besetzung als „gute Mischung“ von erfahrenen und neuen Politikern verkaufen muss.

Zudem gestaltet sich die personelle Erneuerung über die Landesverbände schwieriger als noch in der Aufbauphase nach 2013. Die Partei hat nicht nur den Einzug in den Bundestag verpasst, sondern zuvor auch in etliche Landtage, vor allem im Osten der Republik. Seit 2021 fuhr sie zehn Wahlniederlagen ein.²⁹ Nur noch in Sachsen-Anhalt und in Rheinland-Pfalz ist die FDP Regierungspartei. Und lediglich in sieben Landtagen ist sie überhaupt in Fraktionsstärke vertreten. Das hat weitreichende Konsequenzen. Nach dem Erfolg in der Bundestagswahl 2017 wechselten zahlreiche talentierte Köpfe aus den Ländern nach Berlin. Das Personaltableau auf der Länderebene zehrte aus, während sich im Bundestag eine vielversprechende zweite und sogar dritte Reihe an FDP-Bundespolitikern entwickelte. Mit dem erneuten Verlust der Bundestagssitze 2025 kehren diese Abgeordneten nicht einfach wieder sofort an die entscheidenden Stellen in den Ländern zurück. Das gilt vor allem für die Länder, in denen die FDP keine Landtagsfraktion stellt und nur die kommunikative Wirkung einer politischen Randerscheinung entfaltet. Ein Beispiel dafür ist der

bereits erwähnte ehemalige innenpolitische Sprecher und spätere Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Konstantin Kuhle. Er ist zwar nach wie vor Landesvorsitzender seiner Partei in Niedersachsen, die dort aber nicht mehr im Landtag vertreten ist. Folglich bleiben ihm nur wenige Möglichkeiten, auf Landesebene Aufmerksamkeit zu erzielen. Konsequenterweise hatte er angekündigt, in den Anwaltsberuf zurückzukehren.³⁰ Die FDP muss erst in den Ländern wieder Erfolge einfahren und wirksame Posten anbieten können, um ihre Talente halten zu können. Und dass größtenteils mit Personal, dem die Wahlniederlage des Jahres 2025 anhaftet.

Fazit

Abschließend lässt sich festhalten:

- › Die Zeit der „One-Man-Show“ ist vorbei. Das ist allerdings eher ein Zeichen von Schwäche des neuen Bundesvorsitzenden Christian Dürr und des Machtzuwachses eines fragmentierten Parteipräsidiums und weniger ein neuer kommunikativer Ansatz.
- › Lediglich auf der Metaebene kann die FDP ein Alleinstellungsmerkmal behaupten: Lindners 360-Grad-Liberalismus mit dem einzelnen Menschen im Mittelpunkt. Ihr auf dem ersten Bundesparteitag nach der Wahlniederlage formuliertes konkretes politisches Angebot deckt sich mit Union, SPD, Grünen sowie AfD und teilweise mit der Linken.
- › Programmatisch und kommunikativ sucht Christian Dürr den Anschluss an die Ära Lindner. Er will die FDP weiter als optimistische Kraft im Parteiensystem positionieren, die den Wählern ein nichtpopulistisches Gegenangebot zur Großen Koalition für die breite politische Mitte anbietet. Wenn die Schwarz-rote Koalition sich weder „sozialdemokratisiert“ noch nach Rechtsaußen wandert und überdies in sachpolitischen Fragen Erfolg hat, wird es für die FDP schwierig, sich damit im Parteiensystem zu behaupten.
- › Das größte Zuwachspotential sehen Dürr und Teile der FDP vor allem bei unzufriedenen Unionswählern. Ob es über die Ränder oder mittige Themen erschlossen werden soll, ist allerdings umstritten. Die einen sehen darin eine Rechtsverschiebung, die anderen eine Annäherung an rot-grüne Politik.
- › Der Bundesparteitag am 16. und 17. Mai 2025 zog keinen Schlussstrich unter den laufenden Richtungstreit. Er spiegelt sich in der Besetzung des Bundesparteivorstands wider. Lediglich mit der Nichtwahl von Thomas Kemmerich konnte eine Altlast der FDP aus dem Vorstand gedrängt werden.
- › Der neue Bundesparteivorstand mischt alte und weniger bekannte Gesichter. Zahlreiche Verantwortliche der Wahlniederlage 2025 errangen erneut Sitze und verkörpern damit kaum Aufbruch. Eine personelle Erneuerung der FDP über die Länder ist zudem schwierig, weil die Bundesebene viele Talente nach Berlin gezogen hatte, die jetzt erst wieder in den Ländern positioniert werden müssen.
- › Die FDP will sich inhaltlich und organisatorisch erneuern und die „modernste Partei“ Deutschlands werden. Bereits jetzt ist die FDP – anders als 2013 – organisatorisch und finanziell in der Lage, effektive Wahlkämpfe zu führen. Dürr stieß auf dem Bundesparteitag dennoch eine Parteireform und einen neuen Grundsatzprogrammprozess an. Dabei soll es vor allem darum gehen, die innerparteilichen Konflikte zu entschärfen, nicht um tatsächlich bestehende Defizite zu beseitigen.

-
- ¹ Vgl. Bernau, Patrick: Der neue Liberalismus. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11.05.2025, S. 20 und zur Möglichkeit, dass die FDP nicht zwingend den Liberalismus repräsentieren muss, Hartmann, Florian: Politologe zur Krise der liberalen: „Es war kein Platz mehr für die FDP“. Interview mit Vorländer, Hans. In: web.de vom 07.03.2025. – <https://web.de/magazine/politik/politologe-platz-fdp-40743262> [13.05.2025].
 - ² Zur Einordnung von Volt siehe Liedtke, Enrico: Volt Deutschland (Volt). In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. – 4. Aufl. – Wiesbaden: Springer VS, 2025. – S. 437-441.
 - ³ Montag, Tobias: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017. In: Grabow, Karsten / Neu, Viola (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. – Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018. – Heft 5, S. 7-8.
 - ⁴ Brinkmann, Bastian: „Man wirft Regierungsbeteiligungen nicht einfach weg“. Interview mit Henning Höne. In: Süddeutsche Zeitung vom 15.05.2025, S. 6.
 - ⁵ Vgl. Montag, Tobias: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017. In: Grabow, Karsten / Neu, Viola (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. – Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018. – Heft 5, S. 15-16.
 - ⁶ Vgl. Croll, Hannelore / Exner, Ulrich / Frigelj, Kristian / Gubernator, Sebastian / Jungholt, Thorsten: Finde den Parteichef. In: Welt am Sonntag vom 11.05.2025, S. 13.
 - ⁷ Vgl. <https://www.liberaler-fortschritt.de/> [12.05.2025].
 - ⁸ Schmidt, Florian: erste knallharte FDP-Abrechnung mit Lindners Kurs. In: t-online vom 13.03.2025. – https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100633446/christian-lindner-interne-fdp-papier-rechnet-mit-seinem-kurs-ab.html [12.05.2025].
 - ⁹ Zitiert nach ebd.
 - ¹⁰ Schmidt, Florian: Liberale Ex-Abgeordnete fordern Urwahl des Vorstands. In: t-online vom 27.03.2025. – https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100654224/neue-analyse-zum-fdp-debakel-ex-abgeordnete-wollen-urwahl-des-vorstands.html [12.05.2025].
 - ¹¹ Zitiert nach ebd.
 - ¹² Vgl. „Kubicki kritisiert ‚modernistischen‘ Auftritt“. In: faz.net vom 08.09.2019. – <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fdp-in-der-krise-kubicki-kritisiert-fokus-auf-junge-zielgruppe-16374117.html> [13.05.2025].
 - ¹³ Vgl. <https://liberale-mitte.de/> [12.05.2025].
 - ¹⁴ Liberale Mitte: Vorschläge für eine programmatische und organisatorische Reform der FDP. – S. 2. – https://liberale-mitte.de/wp-content/uploads/2025/05/20250418_Positionspapier_Liberale_Mitte.pdf [12.05.2025].
 - ¹⁵ Ebd., S. 2.
 - ¹⁶ Vgl. Tiede, Peter / Peters, Daniel: FDP-Politiker: „Brandmauer zur AfD ist falsch“. In: Bild vom 23.04.2025. – <https://www.bild.de/politik/inland/richtungs-knall-bei-liberalen-fdp-politiker->

- [brandmauer-zur-afd-ist-falsch-6808d8e8d40b10440c23d846](#) [13.05.2025]; Loevenich, Julian: FDP-Richtungsstreit eskaliert. In: Bild vom 22.04.2025. – <https://www.bild.de/politik/in-land/wo-solls-hingehen-fdp-richtungsstreit-eskaliert-68079a31d40b10440c22fb34> [13.05.2025].
- 17 Montag, Tobias: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017. In: Grabow, Karsten / Neu, Viola (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland. – Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018. – Heft 5, S. 9-11.
- 18 FDP: Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025. – <https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025> [14.05.2025].
- 19 FDP: FDP für Migrationspakt der Mitte. Mitteilung vom 04.02.2025. – <https://www.fdp.de/fdp-fuer-migrationspakt-der-mitte> [09.05.2025].
- 20 Vgl. Carstens, Peter: Überwiegend Positives. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.02.2025, S. 2.
- 21 Dürr, Christian: Für ein neue politische Kultur des Muts. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.05.2025, S. 16.
- 22 Bahr, Daniel / Lindner, Christian / Rösler, Philipp: Jetzt erst recht – Neujahrsappell an alle Liberalen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.03.2011, S. 8.
- 23 Dürr, Christian: Für ein neue politische Kultur des Muts. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.05.2025, S. 16.
- 24 Vgl. „Bin nicht die Zukunft der Partei“. Kubicki hält sich Kandidatur für FDP-Vorsitz offen“. In: Tagespiegel vom 27.02.2025. – <https://www.tagesspiegel.de/politik/bin-nicht-die-zukunft-der-partei-kubicki-halt-sich-kandidatur-fur-fdp-vorsitz-offen-13283758.html> [12.05.2025]; Strack-Zimmermann, Marie-Agnes: Die FDP muss sich verjüngen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.04.2025, S. 8.
- 25 Das beste Ergebnis insgesamt erzielte mit 95 Prozent Michael Link bei seiner Wiederwahl zum Bundesschatzmeister.
- 26 Vgl. Salger, Stefan: Zu viel Wirtschaft, zu wenig Zukunftsvisionen für Junge. In: Süddeutsche Zeitung vom 24.02.2025. – <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuerstenfeldbruck/muenchen-fdp-zukunftsvisionen-wirtschaft-susanne-seehofer-fuerstenfeldbruck-li.3208540> [17.05.2025].
- 27 Zitiert nach Müller, Andreas: Schweigen zur künftigen FDP-Generalin. In: Stuttgarter Zeitung vom 14.05.2025, S. 6.
- 28 „Kubicki will erneut FDP-Vize werden“. In: welt.de vom 14.05.2025. – <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article256112356/Kubicki-will-erneut-FDP-Vize-werden.html> [14.05.2025].
- 29 Vgl. Brinkmann, Bastian: „Man wirft Regierungsbeteiligungen nicht einfach weg“. Interview mit Henning Höne. In: Süddeutsche Zeitung vom 15.05.2025, S. 6.
- 30 Vgl. „Kubicki erwägt nun doch, neuer FDP-Chef zu werden“. In: Spiegel vom 24.02.2025. – <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-wolfgang-kubicki-erwaegt-nach-rueck-zugsankuendigung-nun-doch-den-parteevorsitz-a-bbed0582-cff3-4c5d-9daa-307d3c24b3ae> [12.05.2025].

Impressum

Der Autor

Tobias Montag arbeitete seit 2007 an verschiedenen Projekten zur Demokratie, Innenpolitik und Kommunalpolitik für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2010 bis 2019 war er dort Koordinator für Innenpolitik, von 2020 bis 2022 Referent für Beteiligung und Parteien. Bis Ende 2024 war er als Grundsatzreferent in der Fraktion der CDU im Brandenburger Landtag tätig. Seit 2025 ist er Referent für Digitale Demokratie und Parteien in der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Tobias Montag

Referent Digitale Demokratie und Parteien
Abteilung Demokratie, Recht und Parteien

T +49 30 / 26 996-3931

Tobias.Montag@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).